**13,4 MILLIONEN**

Aufschrei – Anne Wizorek über den traurigen Armutsbericht

**Seite 5**

***SOFT POWER***

Carlo Masala über fehlende *hardware* und andere Probleme der Bundeswehr

**Seite 6**

# DER HAUPTSTADTBRIEF

EXKLUSIV FÜR FOCUS ABONNENTEN

Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Ursula Münch

# Auferstanden aus Ruinen

**Ende 2020 drohte die Verschlumpfung, Ende 2021 ist die Partei wieder obenauf. Albrecht von Lucke über das Wunderjahr der SPD** Seite 2

27. Dezember 2021 | #8

Damals Wahlverlierer, heute Bundeskanzler und Bauministerin. Olaf Scholz und Klara Geywitz

Damals Wahlverlierer, heute Zentralfigur des Kabinetts. Pandemieminister Karl Lauterbach. Nina Scheer gewann erstmals ihren Wahlkreis direkt.

# Jamaika verregnet

## 2021 – das *annus mirabilis* der SPD

Von **Albrecht von Lucke**

Kanzler Olaf Scholz, SPD, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, SPD, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, SPD: Hätte vor einem Jahr jemand prophezeit, dass Ende 2021 die heilige Trinität der deutschen Politik samt und sonders in der Hand der Sozialdemokratie liegen würde, man hätte ihn genüsslich als einen Phantasten verspottet. Dass genau dies nun eingetreten ist, beweist vor allem eines: 2021 wird als das *annus mirabilis* der SPD, als das sozialdemokratische Wunderjahr, in die Geschichte eingehen.

Zur Erinnerung: Noch vor nicht einmal einem Jahr sah alles nach einer schwarzgrünen Koalition aus. Union und Grüne lagen meilenweit in Front, und was auch immer die SPD versuchte, es schien vergebens. Was auch kein Wunder war: Schließlich hatte der Partei noch zwölf Monate zuvor, Ende 2019, die totale Provinzialisierung gedroht, der Abstieg in die Landesligen. Nachdem das Überraschungsduo Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans im Stechen um den Parteivorsitz Olaf Scholz und seiner Partnerin Klara Geywitz den Garaus gemacht hatte, jubilierten die Jusos um Kevin Kühnert „Nikolaus ist Groko aus!“ – und meinten damit keineswegs die Kanzlerschaft für die SPD, sondern die Flucht aus der verhassten großen Koalition in die Opposition. In der festen Annahme, dass im Bund bis auf weiteres kein Blumentopf zu gewinnen sein werde, zogen selbst verbliebene Hoffnungsträgerinnen wie Franziska Giffey oder Manuela Schwesig den Rückzug auf die Landesbühne vor.

Doch tempi passati, *the times they are a-changin'*, all das ist heute Geschichte. Die SPD erstrahlt in neuem Glanze, mit Olaf Scholz als neuntem Kanzler der Bundesrepublik und als viertem sozialdemokratischen. Und selbst eine ehemalige Justizministerin namens Christine Lambrecht, die längst aus der Politik hatte ausscheiden wollen, firmiert nun plötzlich stolz als Verteidigungsministerin. Wie schnell sich die Zeiten doch ändern können!

An diesem Wunder hatten allerdings vor allem zwei Personen entscheidenden Anteil: Armin Laschet und Annalena Baerbock. Und einen Dritten muss man noch hinzufügen, nämlich Markus Söder. Am Anfang standen zwei parteistrategisch desaströse Entscheidungen – erst der Grünen für Baerbock und dann der Union für Laschet statt für den Volkstribun Söder. Ohne das Versagen der ersten beiden und das anhaltende Zerstörungswerk des sich an Laschet und der CDU rächenden Dritten wäre Scholz heute wohl kein Kanzler – und damit auch die Wiederwahl von Steinmeier ausgesprochen unwahrscheinlich.

Insofern handelt es sich weit weniger um eine Wiederauferstehung der SPD aus eigener Stärke als vielmehr um eine Wiedererweckung von fremder Hand. Oder, um mit den beiden zentralen Kategorien des Machtdenkers Machiavelli zu sprechen, die SPD hatte eine Menge *fortuna*, also Glück, dann aber auch durchaus die erforderlich *virtu*, nämlich die nötige Überzeugungs-

Titel: picture alliance / ZUMAPRESS.com, picture alliance / photothek | Janine Schmitz, S. 2/5: picture alliance / REUTERS | RALPH ORLOWSKI

kraft im Wahlkampf. Olaf Scholz war – als Merkel 2.0 – das richtige Angebot, das am stärksten die erforderliche Tatkraft, aber auch die ersehnte Kontinuität in Krisenzeiten versprach.

Nun also steht die Ampel – und damit fangen die historischen Herausforderungen erst an. Denn während der Kanzler und der frisch gewählte neue SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil schon von einem „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ schwärmen, geht es im Kern um etwas weit Fundamentaleres: nämlich um die Frage, ob sich die Demokratie als solche in dieser so entscheidenden Dekade als hinreichend führungs- und durchsetzungsstark erweisen wird – und damit auch als überlebensfähig in der Auseinandersetzung mit der neuen autoritären Internationalen von China bis Russland.

Das beschreibt die Dimension der Herausforderung, vor der die Ampel steht. Abgesehen von der unmittelbaren Nachkriegszeit ist wohl noch keine bundesdeutsche Regierung mit einer größeren Hypothek – in Form der Hinterlassenschaften ihrer Vorgängerin – in ihre Amtsgeschäfte gestartet. Faktisch hat die Ampel die drei größten Probleme der Regierung Merkel geerbt: erstens die Coronakrise in Form der vierten Welle, während sich mit Omikron bereits die fünfte auftürmt, zweitens die dramatische geopolitische Krise der Europäischen Union angesichts der aggressiven Drohgebärden Wladimir Putins und schließlich drittens die völlig ungelöste Klimakrise als die eigentliche Jahrhundertaufgabe.

Denn während der Kanzler und der frisch gewählte neue SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil schon von einem „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ schwärmen, geht es im Kern um etwas weit Fundamentaleres ...

Von einer Schonfrist für die Ampel, gar hundert Tagen, kann also keine Rede sein. Im Gegenteil: In der größten Krise der Republik ist die neue und zudem ausgesprochen unerfahrene Koalition, insbesondere was Grüne und FDP anbelangt, zu einem knallharten Kaltstart gezwungen.

Das sind alles andere als einfache Voraussetzungen für die versprochene Erneuerung des Landes. Ob die 2020er-Jahre tatsächlich ein sozialdemokratisches Jahrzehnt werden, darüber entscheidet am Ende vor allem eins: der Erfolg dieser neuen „sozial-ökologisch-liberalen Koalition“

No3 SCHINKELPLATZ BERLIN

**Ihr Logenplatz im historischen Herzen Berlins.**

Genießen Sie Ihren Aufenthalt in Berlin-Mitte, mit dem einzigartigen Blick auf das Berliner Stadtschloss – mit seinem Humboldt-Forum – den Berliner Dom und den Alex: Ihr persönlicher VIEW OF BERLIN aus einer der 8 Unique Residences im No. 3 Schinkelplatz.

Buchen Sie Ihre repräsentative Stadtresidenz auf Zeit!

WWW.NO3-SCHINKELPLATZ.COM

GÜNTER
**BANNAS**

AUS DEM BANNASKREIS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

# Blockbildung

Zwanzigeinundzwanzig – was für ein Jahr! Zwölf Monate, in denen die Politik, die Parteien und ihr Personal durcheinandergewirbelt wurden! Welche Spuren wird das zu Ende gehende „Jahr 2“ der Corona-Seuche hinterlassen, in der Gesellschaft, in der großen und kleinen Politik? Was wird in Erinnerung bleiben? 2021 – ein Fixstern wie 1969, als die sozialliberale Ära begann, wie 1982, als diese endete, wie 1990, dem Jahr der deutschen Einheit? Verdichtet wie selten vollzogen sich politische Prozesse und kamen neue Bräuche auf.

Beruhigend ist es, wie Angela Merkel und Olaf Scholz den Wechsel im Kanzleramt vollzogen. Freundlich, ohne Häme, respektvoll und ohne Zorn. Kein Vergleich mit früher, als Umbrüche von Rachegelüsten begleitet waren. Erstmals seit fast 40 Jahren haben SPD und FDP im Bund wieder zueinander gefunden, zwangsläufig im Dreierbündnis mit den Grünen. Wer die Auseinandersetzungen zwischen Joschka Fischer und Guido Westerwelle in Erinnerung hat, wird sich die Augen reiben, welches Einvernehmen ihre Nachfolger gefunden haben. Eitles Auftreten auf dem Jamaika-Balkon (2017) war nach der Sicht der Ampel (2021) zum Scheitern verurteilt. Verschwiegenheit wurde zum Gebot erfolgreicher Politik erkoren. Dass ein gewichtiger Teil der in Talkshows gestählten Medienöffentlichkeit die neue Diskretion willfährig begrüßt, ist kaum zu erklären. Sei's drum.

Überraschungen gab es auch. Norbert Walter-Borjans blieb länger im SPD-Vorsitz als (etwa) Kurt Beck oder Andrea Nahles. Bilder bestimmten Politik. Das Lachen des Kandidaten und der Niedergang einer Volkspartei. Ein Selfie machte Karriere: Wissing, Baerbock, Lindner und Habeck. Dem Epochenwechsel mit dem Kanzler einer 25,7-Prozent-Partei und seiner rot-grün-gelben Regierungsbildung wurde bildlich entsprochen. Im Bundestag sitzt nun ein satter grün-gelber Block von Abgeordneten dem Redner- und Präsidentenpult gegenüber – größer als der schwarze Block der Union, größer auch als der rote Block der SPD. Wie ein Wahrzeichen: Ohne Grün-Gelb ist kein Staat zu machen. Mit der Rechtsverschiebung der Plätze der Abgeordneten von CDU/CSU nahm die Mehrheit des Bundestages das Ergebnis des Entscheids der CDU-Mitglieder vorweg: Mit dem 62,1-Prozent-Erfolg von Friedrich Merz wurde Merkels Anhängerschaft ins Abseits geschoben. Doch Schwurbelnde irrten abermals: Merkel absentierte sich nicht auf eine Ranch in Paraguay, was 2016 in die Welt gesetzt worden war.

Stoff für Zeithistoriker bietet 2021 allemal. Gewiss auch für Autoren politischer Dramen, Tragödien und Lustspiele – wobei sicherheitshalber anzufügen ist: für Zeithistoriker*innen und für Autor*innen auch. Das Gendersternchen machte Karriere. Es nistet sich ein, polarisiert und verändert den Sprachgebrauch. Hat Olaf Scholz als Bundeskanzler nun Vorgänger und Vorgängerinnen oder Vorgänger*innen? Merkel wird es gleichgültig sein. Scholz wohl auch, aber der muss Zugeständnisse machen. Sogar einen von Talkmasterinnen durchgesetzten Ministerkandidaten ertrug er, der sich mit Händen in den Hosentaschen präsentierte. Corona wegen ist Lauterbach Scholz' wichtigster Mann. Vorerst. ■

(Scholz). Sie startet unter dem großen Motto „Mehr Fortschritt wagen“, in Anknüpfung an den historischen Aufbruch unter Willy Brandt 1969.

Um es dieser tatsächlichen Aufbruchszeit gleichzutun, ist aber noch ein gewaltiges Brett zu bohren. Es wird nicht reichen, dass speziell FDP und SPD die Steckenpferde ihrer Wählerschaft reiten, sprich: die Liberalen für die Dividenden, die Sozen fürs Soziale, während die eigentliche Mammutaufgabe der ökologischen Transformation den Grünen und ihrem neuen „Superminister“ Robert Habeck überlassen bleibt. Nein, Olaf Scholz höchstpersönlich wird unter Beweis stellen müssen, dass er bereit ist, zu dem Klimakanzler zu werden, der zu sein er im Wahlkampf versprochen hat.

„Nur wer selbst brennt, kann Feuer in anderen entfachen“, wusste schon der große Augustinus. Und auch wenn die SPD keine Kirche und Olaf Scholz kein Kirchenvater oder gar Heiliger ist: Erheblich mehr Begeisterungsfähigkeit als bei seiner ersten Regierungserklärung wird nötig sein, um diese säkulare Aufgabe zu bewältigen. Ein Wahlkampfwunder zu vollbringen, ist das eine, Deutschland durch dieses Krisenjahrzehnt zu führen, etwas völlig anderes. Wie hatte die SPD noch im Wahlkampf verkündet: „Scholz packt das an!“ Jetzt muss der Kanzler seine Tatkraft unter Beweis stellen; jetzt muss es losgehen. ■

**Albrecht von Lucke** arbeitet als Publizist und Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin.

ANNE
**WIZOREK**

DIREKTNACHRICHT

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

# Regelsätze

13,4 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut betroffen. Das ergab der Paritätische Armutsbericht und bestätigte damit einen neuen Höchstwert der Armutsquote im Pandemiejahr 2020. Dass sie nicht noch höher ausfiel, ist nur den staatlichen Corona-Hilfen zu verdanken. Als arm gelten dabei Menschen, denen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung steht. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Familien mit drei oder mehr Kindern, Erwerbslose, Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Rentner_innen.

13,4 Millionen Menschen. *Let that sink in.* Zahlen in solchen Größenordnungen bleiben meistens eher abstrakt für uns, deshalb nur zum Vergleich: Die Niederlande hatten im Jahr 2020 rund 17,4 Millionen Einwohner_innen. Es leben also dermaßen viele arme Menschen in Deutschland, dass ihre Anzahl locker eines unserer Nachbarländer bevölkern könnte.

Am selben Tag, als der Armutsbericht erschien, dominierte er übrigens nicht die Schlagzeilen. Dafür konnte man überall ausführlich zum Beispiel über die neue Sitzordnung im Bundestag lesen. „13,4 Millionen Deutsche unter Armutsgrenze froh, dass Bundestag sich endlich auf Sitzordnung geeinigt hat", titelte die Satire-Seite „Der Postillon" passend zu dieser medialen Schieflage.

Wir reden nicht gerne über Armut. Zum einen, weil wir insgeheim ahnen, dass sie uns selbst treffen könnte und wir diesen Gedanken weit von uns schieben wollen. Zum anderen, weil die Verachtung der Armen deutsche Tradition und der Mythos der „Leistungsgesellschaft" uns tief eingeschrieben ist. Wer nicht genug Geld zum Leben hat, soll eben ordentlich arbeiten gehen (Deutsches Sprichwort).

Die Berichterstattung über Armut und Menschen in prekären Lebensverhältnissen fällt damit viel zu häufig in zwei Kategorien. Entweder gibt man sich einem regelrechten Armuts-Voyeurismus hin, nur um schließlich in die warme Gewissheit zu gleiten, dass man selbst es glücklicherweise besser habe. Oder jemand hat die eigene Armut überwunden und liefert damit den vermeintlichen Beleg, dass jede_r nur des eigenen Glückes Schmied ist und sich dafür nur mehr anstrengen müsse.

Oft wird vor der gesellschaftlichen Spaltung gewarnt, die uns drohe. Dabei existiert der strukturelle Graben durch Armut und Reichtum schon lange, wird seit Jahren größer und drängt immer mehr Menschen in Notlagen. Eine konsequente und nicht-voyeuristische Aufmerksamkeit für diese ist gerade in der Pandemie überlebenswichtig, denn hier herrscht ein Teufelskreis: Armut macht krank und Krankheit macht arm.

Das generelle Misstrauen gegenüber armen Menschen, sie würden die zur Verfügung gestellten Hilfsmittel missbrauchen, überwiegt auch mit dem Konzept des Bürger_innengeldes der Ampel-Koalition. Mindestens 13,4 Millionen Menschen wird ein Leben in Würde und soziale Teilhabe mutwillig verweigert, solange die Regelsätze weiter ohne echten Realitätsbezug entstehen. Fünf Euro am Tag für Lebensmittel, 1,62 Euro pro Monat für Bildung: So werden Menschen systematisch in Armut gehalten, statt sie dauerhaft hinter sich lassen zu können. ■

Damals Wahlgewinner, heute ist Norbert Walter-Borjans zurückgetreten, Saskia Esken weiterhin Ko-Parteivorsitzende, prägt aber nicht die Partei.

**IMPRESSUM**

*Der Hauptstadtbrief* ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien

Verleger: Detlef Prinz
Herausgegeben von: Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch
Chefredakteur: Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.
Kolumnen: Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek
Layout: Gordon Martin
HSB-Icon [Quadriga]: Shutterstock.de/AVA Bitter

Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24 • 10963 Berlin
Tel. 030/21 50 54 00
info@derhauptstadtbrief.de www.derhauptstadtbrief.de

Redaktionsschluss 20. Dezember 2021

© Der Hauptstadtbrief 2021

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht

# Bedingt reaktionsbereit

Die Aufgabe, vor denen die neue Verteidigungsministerin steht, könnte kaum größer und komplexer sein

Von **Carlo Masala**

Es ist eine gute Tradition in der Politik, jeder neuen Regierung hundert Tage im Amt zuzugestehen, bevor man ihr Handeln bewertet. Das Problem ist aber, dass die Welt selten einer neuen Regierung hundert Tage Zeit gibt, um die Leitlinien ihres Handelns auszuarbeiten. Dies ist insbesondere in der internationalen Politik der Fall.

Die am 8. Dezember 2021 im Amt vereidigte neue Regierung aus SPD, FDP und Grünen wird quasi von Stunde null an mit massiven Herausforderungen für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik konfrontiert, die es zu bewältigen gilt. Da ist zuvorderst der russische Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine zu nennen, bei dem bislang unklar ist, ob er nur eine Drohgebärde oder das Präludium zu einer Invasion ist. Gleichzeitig versucht der weißrussische Diktator Alexander Lukaschenko, die EU mit der Migrationswaffe zu erpressen. Und als ob dies alleine noch nicht genug wäre, zeichnet sich in den vergangenen Tagen immer stärker ein chinesisch-russisches Bündnis ab, dessen Ziel nicht weniger als die Veränderung der Spielregeln der internationalen Politik ist. Und hier reden wir erst gar nicht darüber, dass China Taiwan mittlerweile unverhohlen mit einer militärischen Invasion droht, um die aus chinesischer Sicht abtrünnige Provinz ins Mutterland zurückzuführen.

Auch sind die Erwartungen europäischer Partner und des amerikanischen Verbündeten an die neue deutsche Regierung groß. Dass Deutschland sich auch weiterhin dazu bekennen sollte, mittelfristig 2 Prozent seines Bruttoinlandprodukts für Verteidigung ausgeben zu wollen (die gegenwärtige Quote liegt bei ca. 1,5 Prozent), und vor allem an der nuklearen Teilhabe festhalten soll.

**1,5**

**PROZENT** des BIP wird in Deutschland für die Verteidigung ausgegeben

Kurzum: Das internationale System ist unter Stress, und der neu ins Amt gekommenen Regierung um Bundeskanzler Olaf Scholz bleibt noch nicht einmal der sprichwörtliche Wimpernschlag, um deutsche Antworten auf all diese Fragen zu finden.

Im Zentrum der deutschen Antworten auf diese zum Teil militärischen Herausforderungen steht die Bundeswehr. Eine Armee, die in den vergangenen Jahrzehnten eine massive Transformation durchlaufen hat. Von einer auf Landes- und Bündnisverteidigung fokussierten Streitmacht, die für einen hypothetischen Fall trainiert hat, der Gott sei Dank nie eingetreten ist, hin zu einer Interventionsarmee, die in Afghanistan und Mali tätig war (und noch ist), wieder zurück zu einer primär auf Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichteten Truppe.

Als ob dies nicht allein schon eine Herkulesaufgabe wäre, kommt noch hinzu, dass die Bundeswehr seit März 2020 immer stärker in die Amtshilfe zur Corona-Bekämpfung eingebunden ist und auch weiterhin sein wird. Sei es, dass Soldaten in Gesundheitsämtern Kontaktnachverfolgung betreiben, Impfzentren betreiben oder Ärztinnen und Sanitäter des Sanitätsdienstes in Krankenhäusern dafür Sorge tragen, dass

picture alliance / REUTERS | Ints Kalnins

der normale Betrieb aufrechterhalten werden kann.

All dies geht aber zu Lasten der internationalen Verpflichtungen, die die Bundeswehr eingegangen ist. So vermeldet das Heer bereits heute eine Verzögerung des Ausbildungsstandes von ca. einem halben Jahr. Dazu könnte es sein, dass Teile der deutschen Kräfte für die Nato Response Force (schnelle Eingreiftruppe der Nato) nicht im vollen Umfang zertifiziert werden können. Und je länger die Amtshilfe dauern wird, desto größer wird der Verzug werden.

In diesem Spagat zwischen Amtshilfe und internationalen Verpflichtungen sind all die anderen Probleme, wie Beschaffungsprobleme, rechtsextremistische Tendenzen bei Soldatinnen und Soldaten und voraussichtlich fehlendes Geld für die Verteidigungshaushalte der nächsten Jahre, noch gar nicht erwähnt.

Es ist somit eine Herkulesaufgabe, die auf die neue Verteidigungsministerin Christine Lambrecht zukommt. Sie muss, bei wahrscheinlich sinkenden Verteidigungshaushalten, die Truppe fit für ihre internationalen Verpflichtungen machen und zugleich dafür Sorge tragen, dass die Amtshilfe, die die Bundeswehr leistet, auf das Maß beschränkt wird, dass darüber die Kernaufgabe deutscher Streitkräfte nicht über Gebühr leidet. Darüber hinaus muss sie das Beschaffungssystem dergestalt reformieren, dass das alte Prinzip deutscher Rüstung „Es dauert alles doppelt so lange und kostet am Ende doppelt so viel“ endgültig durchbrochen wird.

In den ersten offiziellen Verlautbarungen Lambrechts ist von der Komplexität der vor ihr stehenden Aufgaben nicht viel zu hören. Die Ministerin betonte vielmehr, dass sie sich um die Soldaten und Soldatinnen kümmern will, Corona und Fluthilfe als eine wichtige Aufgabe ansieht und Exitstrategien für die Auslandseinsätze ausarbeiten lassen will. Alles sicherlich wichtige Aspekte ihres zukünftigen Tätigkeitsfeldes, aber ob diese oberste Priorität haben, sei dahingestellt.

Für die meisten Expertinnen war die Nominierung der ehemaligen Justizministerin als Verteidigungsministerin eine – gelinde gesagt – große Überraschung. Sie fiel bislang nicht durch ein sonderliches Interesse am Thema Verteidigung auf. Aber – und dies mag ihr in dem neuen Amt zugutekommen – sie hat bewiesen, dass sie Ministerien führen kann. Und möglicherweise ist es gerade diese Erfahrung, die sie ins Verteidigungsministerium gebracht hat. Denn es gibt kaum ein Ministerium der Bundesregierung, das als so schwer zu führen und zu managen gilt, wie das Verteidigungsministerium.

Neben der Fähigkeit als Managerin muss sie aber schnell Antworten auf die drängenden Fragen deutscher Sicherheitspolitik geben. Denn so gern die Öffentlichkeit ihr hundert Tage im Amt geben mag, die Welt wird darauf nicht warten. ■

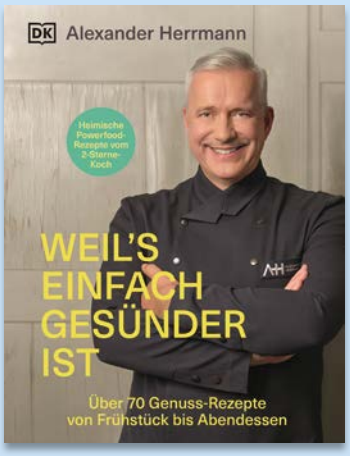
---

**Prof. Dr. Carlo Masala** ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik an der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften der Universität der Bundeswehr München.


# Neue Erfahrungen, neues Glück

Endlich Zeit
Neues zu entdecken

*Gesunde Ernährung ohne Verzicht!*




Genuss und gesunde Ernährung passen wunderbar zusammen. Das beweist der fränkische Sterne- und Fernsehkoch in über 70 alltagstauglichen Genussrezepten.

Alexander Herrmann
**Weil's einfach gesünder ist**

**Buch 24,95 €**
EAN 9783831044122

In den drei Triathlon-Disziplinen einmal um die Welt – und am Ende steht eine unglaubliche Geschichte von Mut, Zweifel, Motivation und der Grenzenlosigkeit unserer Welt.

Jonas Deichmann
**Das Limit bin nur ich**

**Buch 18,99 €**
EAN 9783846408018
Auch als eBook erhältlich

Jetzt bei Thalia vor Ort oder unter www.thalia.de

Thalia

POSTSKRIPTUM

Von **Lutz Lichtenberger**

# Vorsätze

Im vergangenen Jahr erschien ein Essay Peter Strassers mit dem sinnfälligen Titel „Umdrehen und Weggehen. Eine Ethik der Abwendung" – und die Thesen des Grazer Philosophen könnten in diesen Tagen der Pandemie und der Enthemmung auf Seiten derjenigen, die lieber so täten, als gäbe es sie nicht, aktueller und dringlicher nicht sein:

„Wir sollten einander mehr in Ruhe lassen."

Kultur sei ein gegen den biologischen Druck gerichtetes Medium der Entdichtung, schreibt Strasser: „Es gibt kulturell eingeschliffene Verfahren, um aus der Enge der menschlichen Begegnungen den emotionalen Druck herauszunehmen, ja, ihn erst gar nicht entstehen zu lassen, weil eine bestimmte ‚Interpretation' oder symbolische Modulation der Dichte dazu führt, dass sich der Raum, in dem wir leben, erweitert."Obwohl noch nicht mit Blick auf die Pandemie geschrieben, wirken vor allem die Überlegungen zum notwendigen Abstand bestechend. Dabei ist die Idee sowohl auf die räumliche Entfernung als auch auf die innerliche Distanzierung gemünzt.

Wie könnte eine *zivilisierte Kultur der Abwendung* aussehen?

Da wäre zunächst das Gebot, Sektierern und Narren weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Deren Verhalten ist zumeist alles andere als zivil, aber Aggressivität, feindselige Grundstimmung und die ständige drohende Konfrontation beeinträchtigt auch das Verhalten und die Verfassung aller anderen.

Man könnte die Gegenprobe an – derzeit – vermeintlich weniger politisch aufgeladener Stelle einmal ausprobieren: im Straßenverkehr. Ganz gleich, ob mit Auto, Fahrrad oder zu Fuß, ganz gleich, wer gerade wessen Vorfahrt missachtet oder zu eng überholt oder zu spät losgefahren ist – einmal nicht laut geworden, nicht wild gehupt oder den Vogel gezeigt, sondern entschuldigend bis entwarnend die Hand gehoben, und dann weitergezogen – man dürfte staunen, wie sein Gegenüber reagiert.

Und wie wohltuend es für einen selbst sein kann, sich eben einmal einfach nicht zu empören. Das ist weder praktisch leicht noch philosophisch banal. Den Vorsatz, den es dazu bedarf, hat Peter Sloterdijk in seinem so gelehrten wie gewitzten Buch „Du musst dein Leben ändern" als anthropotechnische Übung veredelt. Uns allen: Gutes Gelingen. ■

Dräger